

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Oggersheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, den 21.11.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	15:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Oggersheimer Rathauses, Schillerplatz

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteherin

Sylvia Weiler

### AFD-Ortsbeiratsmitglied

Christoph Schmitt

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Doris Barnett

Barbara Baur

Mazlum Copurkuyu

Monika Knaul

Ursula König

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Karin Leidig

Birgit Stauder

Andreas Unger

Alexander Weih

### FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion

Erik Rittmann

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Christian Brückmann

Dr. Johannes Moeller

### Schritfführer/in

Sabine Becker

### im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Dr. Volker Betz

Hans-Peter Eibes

Andreas Gebauer

## **Entschuldigt fehlten:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Daniel Beiner

### FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion

Bianca Kleine-Wilde

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteherin
3. Etatberatungen  
Haushaltsansätze für den Ortsbezirk  
Vorlage: 20240448
4. Bebauungsplan Nr. 551 "Paracelsusstraße Süd", Sachstandsbericht  
Vorlage: 20240564
5. Mannheimer Tor - Haltestellenausbau, Gleiserneuerung und Straßenbau  
Vorlage: 20240600
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Lärmschutzkonzept am Hans-Warsch-Platz  
Vorlage: 20240547
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Reinigung bzw. Austausch beklebter Verkehrsschilder  
Vorlage: 20240589
8. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Tempo 30 in Durchgangsstraßen  
Vorlage: 20240596
9. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Ergänzung eines Fußgängerüberweges im Gewerbegebiet Westlich B9  
Vorlage: 20240548
10. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Markierung eines Zebrastreifens. im Bereich Straßenbahn-Endhaltestelle Oggersheim  
Vorlage: 20240549
11. Anfrage der Ortsvorsteherin  
Wasserschaden im Sitzungsraum Rathaus Oggersheim  
Vorlage: 20240529
12. Anfrage der FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Mängelmelder  
Vorlage: 20240413
13. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schaffung von Notinseln im Ortsbezirk Oggersheim  
Vorlage: 20240550

14. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumscheiben auf dem Schillerplatz  
Vorlage: 20240590
15. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Automat Speyerer Straße  
Vorlage: 20240593
16. Anfrage des Mitglieds der AfD im Ortsbeirat  
Aufstellung und Betrieb von Verkaufsautomaten  
Vorlage: 20240412
17. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einrichtung von Bewegungsgeräten auf dem Anton-Ferner-Platz  
Vorlage: 20240591
18. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Sporthalle Adolf-Diesterweg-Schule  
Vorlage: 20240594
19. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einrichtung von Hol- und Bringzonen im Ortsbezirk  
Vorlage: 20240592
20. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Wiederherstellung Gehwege bei Glasfaserverlegung  
Vorlage: 20240595

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Oggersheim war beschlussfähig.

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Oggersheim war beschlussfähig. Anschließend begrüßte Frau Weiler die Mitglieder der Ortsbeiräte und entschuldigte Frau Kleine-Wilde und Herrn Beiner.

Außerdem begrüßte die Ortsvorsteherin von der Stadtverwaltung Frau Willemsen (Abteilungsleitung Haushalt und Controlling, Bereich 4-11), Herrn Schwarz (Beigeordneter Dez. 2), Herrn Tremmel (Abteilungsleiter Straßenbau, Bereich 4-14), Herrn Kleinholdermann (Abteilungsleiter Techn. Gebäudeausrüstung 4-133), Frau Sawade (Städtebauliche Planung, Bereich 4-126), Herrn Babelotzky (Städtebauliche Planung, Bereich 4-126), Herrn Lautenschläger (Abteilungsleitung Freiraumplanung & Grünconsulting, Bereich 4-15) und von der RNV Herrn Schwab und Herrn De Sante sowie die Vertreter der Bürgerinitiative und alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Die Presse war durch die Rheinpfalz, Herrn Schwab, vertreten.

Zu Beginn der Sitzung gab es folgende Anmerkungen von Frau Weiler:

Ein Rollstuhlfahrer konnte leider nicht an der Sitzung teilnehmen, da nur Frau Rogall-Zelt (Sekretärin des Ortsvorsteherbüros Oggersheim), die erkrankt war, einen Schlüssel für den

Aufzug für Rollstuhlfahrer und den Führerschein dazu hat. Frau Becker (Vertretung von Frau Rogall-Zelt) teilte dies dem untenstehenden Rollstuhlfahrer mit und entschuldigte sich dafür.

Die Tagesordnung wurde den Mitgliedern des Ortsbeirats digital und teilweise schriftlich zugesandt. Außerdem lagen die Stellungnahmen den Ortsbeiräten digital und teilweise schriftlich vor.

Herr Dr. Moeller merkte an, wenn so viele unterschiedliche Tagesordnungspunkte mit verschiedenen Vertretern der Verwaltung zur Sitzung eingeladen werden und im Voraus zu sehen ist, dass Vertreter der Bürgerinitiative kommen, in einen größeren Sitzungsraum auszuweichen. Frau Weiler bittet die Verwaltung, dies in Zukunft zu berücksichtigen.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Fragen zur Einwohnerfragestunde.

### **zu 2      Bericht Ortsvorsteherin**

Frau Weiler informierte, dass sie heute Morgen den Ortsbeiräten leider mitteilen musste, dass kein Zugang in das Ratsinformationssystem möglich war.

Die Ortsvorsteherin teilte mit, dass sie die Terminplanung für das nächste Jahr den Ortsbeiräten vorgelegt hat.

Frau Weiler trägt vor, dass die nachträgliche Stellungnahme zur Ortsbeiratssitzung vom 16.05.2024 vom Bereich Stadtplanung und Verkehrsplanung zur Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion „Schutzstreifen in der Stadtgartenstraße“ vorliegt und den Ortsbeiräten digital zukommen ließ.

Außerdem berichtete die Ortsvorsteherin, dass sie auch die Stellungnahme vom Bereich Grünflächen „Informationen zu den Baumfällungen des Stadtteils Oggersheim für das Jahr 2024/2025 den Ortsbeiräten digital zukommen ließ.

### **zu 3      Etatberatungen Haushaltsansätze für den Ortsbezirk**

Herr Andreas Schwarz (Beigeordneter Dez. 2) und Frau Willemsen (Abteilungsleitung Haushalt und Controlling, Bereich 4-11) berichteten über die Haushaltsansätze für den Ortsbezirk Oggersheim.

Zusammenfassung: Der Haushaltsplan-Entwurf 2025 der Stadt Ludwigshafen, der am 23.09.2024 in den Stadtrat eingebracht wurde, ist erneut nicht ausgeglichen. Es müssen auch weiterhin in nennenswertem Umfang Kredite aufgenommen werden. An den strukturellen Problemen, vor allem im Bereich der Sozialen Sicherung, sind zur Zeit keine Änderungen in Sicht, so dass neue Fehlbeträge in den kommenden Haushalten zu erwarten sind. Für das Jahr 2025 wurde im zweiten und dritten Quartal 2024 ein Einzelhaushalt aufgestellt. Im Ergebnishaushalt 2025 stehen Erträge in Höhe von 771 Mio. Euro, Aufwendungen in Höhe von 782 Mio. Euro sowie geplanten Zinsaufwendungen in Höhe von 39,1 Mio Euro entgegen, so dass sich ein Fehlbetrag von 50,1 Mio. Euro ergibt. Die Investitionen können auch im neuen Haushalt nur mit Mühe über Darlehensaufnahmen finanziert werden, da einer Vielzahl von notwendigen Auszahlungen nur eine bestimmte Höhe an Deckungsmitteln gegenübersteht. Damit ist der Finanzrahmen zur Finanzierung von Investitionen eng begrenzt. Investitionen sind ergebnisneutral, da durch Investitionen Vermögen nicht vermehrt, sondern nur verändert wird. So erhöht sich z.B. durch eine Baumaßnahme das Anlagevermögen. Andererseits verringert sich entweder das Barvermögen oder es erhöhen sich die Schulden entsprechend. Für Investitionstätigkeiten sind im Finanzhaushalt Auszahlungen in 2025 in Höhe von 324 Mio. Euro geplant, denen 112,1 Mio. Euro an Einzahlungen gegenüberstehen. Die größten Investitionen wurden wie jedes Jahr im Baubereich (4-13 Gebäudewirtschaft und 4-14 Tiefbau) gemeldet.

Außerdem informierte Herr Schwarz über die Grundsteuer und dem Hebesatz.

Frau Weiler verliest die Liste zum Haushalt für den Stadtteil Oggersheim.

Die Ortsvorsteherin trägt vor, dass sie die Stellungnahmen zu den Fragen zum Haushalt 2025 für Oggersheim von der SPD und der CDU von Frau Willemsen erhalten hat und diese den Ortsbeiräten vorliegen.

Frau König (SPD) hatte Fragen zum zeitlichen Ablauf des Radweges in der Speyerer Straße und zur Neuorganisation der städtischen Spielplätze je Altersgruppe, die von Herrn Schwarz und Herrn Tremmel sowie Herrn Lautenschläger beantwortet wurden.

Herr Kleinholdermann und Herr Schwarz konnten die Fragen von Herrn Dr. Moeller zur Förderung und zum Förderungsprogramm beantworten.

Herr Copurkuyu (SPD) hatte Nachfragen zur Stellungnahme „Auswertung der Haushaltsmittel“, die lautete: Dies kann, wenn dann nur für den Finanzhaushalt erfolgen. Frau Willemsen trägt vor, dass man dies direkt bei Herrn Thewalt nachfragen müsste. Frau Weiler wird dies bei Herrn Thewalt anfragen.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von den Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

#### **zu 4      Bebauungsplan Nr. 551 "Paracelsusstraße Süd", Sachstandsbericht**

Frau Sawade und Herr Babelotzky von der Abteilung Städtebauliche Planung stellten den Sachstandsbericht des Bebauungsplanverfahrens 551 „Paracelsusstraße Süd“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Es sind 250 Wohneinheiten mit Einfamilienhäusern, kleinen Mehrfamilienhäuser, geförderte Wohneinheiten, sowie ein Bolzplatz und ein Kindergarten angedacht.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung trägt Herr Babelotzky vor, informierte über den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger und dass über 500 Unterschriften dem Dezernenten überreicht wurden.

Herr Babelotzky informierte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Bürgerinitiative sehr ausführlich.

Das Votum des Ortsbeirates fällt einstimmig positiv aus. Frau Weiler teilte mit, dass das ganze nun in den BGA geht.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von der Frau Sawade und Herrn Babelotzky beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

#### **zu 5      Mannheimer Tor - Haltestellenausbau, Gleiserneuerung und Straßenbau**

Herrn Schwab und Herrn De Sante von der RNV stellten den Haltestellenausbau, Gleiserneuerung und Straßenbau „Mannheimer Tor“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Die Ausführungen der Maßnahmen sind für Sommer 2025 vorgesehen, die Vollsperrung der Mannheimer Straße erfolgt in den Sommerferien 2025 zuzüglich 2 Wochen Vorlaufzeit. Eine Bürgerinformationsveranstaltung wird im Frühjahr 2025 stattfinden.

Herr Weih (CDU) trägt vor, dass man doch bitte beachten sollte, dass eine Rampe vom Kirchpark direkt auf den Fahrradweg heruntergeht. Diese Ebene sollte gut einsehbar sein.

Das Votum des Ortsbeirates fällt einstimmig positiv aus. Herr Tremmel nahm dies zur Kenntnis.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich Herrn Schwab und Herrn De Sante beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

**zu 6           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Lärmschutzkonzept am Hans-Warsch-Platz**

Stellungnahme liegt von der RNV vor.

Seitens der Straßenbahn lässt sich die Lärmsituation am Hans-Warsch-Platz nur mit erheblichem Aufwand verbessern. Die dort befindlichen Gleise liegen in einem engen Bogen, wodurch bei Befahrung mit der Straßenbahn, insbesondere bei Trockenheit, das sog. Kurvenquietschen entsteht, was sowohl aufgrund der Intensität als auch der Frequenz als unangenehm empfunden wird. In ähnlichen Situationen in unserem Straßennetz rüsten wir solche Bereiche nachträglich dann mit sog. Schienenkopfbenezungsanlagen aus, sobald dort größere Umbau- oder Instandhaltungsmaßnahmen erfolgen und die örtlichen Gegebenheiten dies zulassen. Diese Anlagen benetzen den Bereich vor der engen Kurve mit einem Schmiermittel, wodurch der Radreifen der Straßenbahn nicht mehr unmittelbar an der Schiene reibt und somit das oben beschriebene Geräusch verhindert wird. Leider stehen im Bereich des Hans-Warsch-Platzes frühestens Ende des Jahrzehnts entsprechenden Maßnahmen an. Der Aufwand, die Eindeckung der Gleise vorher zu öffnen und die Gleisanlage nur zur Nachrüstung einer Kopfbenezungsanlage aufzunehmen ist wirtschaftlich nicht vertretbar. Wir werden, sobald entsprechende Maßnahmen an den Gleisanlagen im Bereich des Hans-Warsch-Platz begonnen werden, die Möglichkeiten zur Reduzierung des Lärms prüfen und soweit möglich bei der Umsetzung mit berücksichtigen.

Frau Weiler trägt vor, dass die Stellungnahme nicht befriedigend ist.

Die Ortsvorsteherin wird mit der RNV nochmals ein Gespräch führen, mit der Bitte, eine Lösung zu finden und den Ortsbeirat darüber informieren.

**zu 7           Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Reinigung bzw. Austausch beklebter Verkehrsschilder**

Die Stellungnahme liegt nicht vor. Der Ortsbeirat bittet um Nachreichung.

**zu 8           Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Tempo 30 in Durchgangsstraßen**

Stellungnahme liegt vom Bereich Umwelt vor.

Der Antrag bezieht sich auf Abschnitte mit 50 km/h der Raiffeisen-, Wormser- und Mannheimer Straße in Oggersheim. Für diese Abschnitte wird die Prüfung beantragt, ob Tempo 30

eingeführt werden kann. Zuerst wurde die genaue Lage der betroffenen Straßenabschnitte ermittelt. Dann wurden die Ergebnisse der Lärmkartierung 2022 im Rahmen der Lärmaktionsplanung ermittelt. Die Werte der Lärmindizes LDEN und LNight sind Pegel der straßenzugewandten Fassaden. Im Rahmen der Lärmaktionsplanung werden Immissionen unterhalb der Auslösewerte angestrebt. Diese sind 65 dB(A) für LDEN und 55 dB(A) für LNight. Die Lärmkartierung zeigt, dass alle Bereiche über den Auslösewerten liegen und somit Lärmminierungsmaßnahmen angezeigt sind.

Die Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes und Anpassung der StVO (§ 45 Abs. 9 (Punkt 4. und 6.)) ergibt im Detail mehr Möglichkeiten für Tempo-30. Z.B. könnte für die Bereiche in der Raiffeisenstraße jeweils ein „Lückenschluss“ zwischen zwei Tempo 30-Strecken erfolgen, da nun Überbrückungslängen bis 500 m (vorher 300m) zulässig sind.

Da es ein Prüfantrag war, wurde nicht abgestimmt.

#### **zu 9           Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Ergänzung eines Fußgängerüberweges im Gewerbegebiet Westlich B9**

Die Stellungnahme liegt vom Bereich Straßenverkehr vor.

Laut § 26 VwV-StVo

„Fußgängerüberwege sollten in der Regel nur angelegt werden, wenn es erforderlich ist, dem Fußgänger Vorrang zu geben, weil er sonst nicht sicher über die Straße kommt. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn es die Fahrzeugstärke zulässt und es das Fußgängeraufkommen nötig macht.“

Gemäß Rücksprache mit dem Bereich 4-12 (Herr Rüdiger Schmidt) haben wir folgende Meldung zu der Anfrage erhalten:

„Die Zahlen bzgl. der Kfz-Belastung sind im Abschnitt zwischen den beiden Kreisverkehren am Globus und Bauhaus so hoch, dass – wenn eine Querungsmöglichkeit vorgesehen wäre – nur eine Lichtsignalanlage in Frage käme; ein Fußgängerüberweg wäre gar nicht zulässig.“

Unabhängig davon wurde am 27.09.2024 eine Handzählung von Fußgängern (Höhe Fuß-/Feldweg, südlich vom GLOBUS) durchgeführt. Dort wurden am o.g. Tag zwischen 11:00 – 13:00 Uhr (20 Fußgänger) und 14:00 – 17:00 Uhr (17 Fußgänger) gezählt. Insofern wäre das Fußgängeraufkommen, für einen Fußgängerüberweg, ohnehin zu gering.

Jedoch wird in der nächsten Unfallkommission am 04.12.2024 - laut Herrn Rüdiger Schmidt - die Möglichkeit von Fußgängerüberwegen am Kreisverkehr (nördlich der Bushaltestelle) geprüft.

Gerne kommt die Verwaltung im Nachgang unaufgefordert – mit dem Ergebnis der Prüfung - auf sie zu.

Frau Weiler wird dem Ortsbeirat das Ergebnis der nächsten Unfallkommission vom 04.12.2024 mitteilen.

**zu 10      Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Markierung eines Zebrastreifens. im Bereich Straßenbahn-Endhaltestelle  
Oggersheim**

Die Stellungnahme liegt vom Bereich Straßenverkehr vor.

Laut § 26 VwV-StVo

„Fußgängerüberwege sollten in der Regel nur angelegt werden, wenn es erforderlich ist, dem Fußgänger Vorrang zu geben, weil er sonst nicht sicher über die Straße kommt. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn es die Fahrzeugstärke zulässt und es das Fußgängeraufkommen nötig macht.“

An der Kreuzung Bertolt-Brecht-Straße / Comeniusstraße (in östliche Richtung) ist ein Fußgängerüberweg (Höhe Comeniuskirche in Richtung Oggersheim Endhaltestelle) eingerichtet.

Da bei der Prüfung des angefragten Fußgängerüberwegs auf der Bertolt-Brecht-Straße querend an die Endhaltestelle Oggersheim und an der Kreuzung Bertolt-Brecht-Straße / Comeniusstraße (in westliche Richtung) verschiedene Bereiche der Stadt und die Polizei zu beteiligen sind, kann bis zum 21.11.2024 hierzu keine Stellung bezogen werden.

Unaufgefordert geben wir das Ergebnis unserer gemeinsamen Prüfung an die Ortsvorsteherin weiter.

Frau König (SPD) erläutert das Problem.

**zu 11      Anfrage der Ortsvorsteherin  
Wasserschaden im Sitzungsraum Rathaus Oggersheim**

Die Stellungnahme liegt vom Bereich Gebäudewirtschaft vor.

Die Dachdeckerfirma Bräunig war am 06.11.2024 vor Ort und hat die Stellen am Dach abdichtet. Im Zuge der Arbeiten wurden weitere Schadenstellen am Dach vom Turm festgestellt. Hierzu wird die Firma einen größeren Hubsteiger anmieten und die Stellen in den nächsten Wochen bei einem weiteren Termin abdichten. Durch den Wasserschaden wurden mehrere Deckenpaneele im Sitzungssaal und dem WC beschädigt. Die Paneele im WC werden in den kommenden zwei Wochen von der Firma Anecx ersetzt. Für die Instandsetzung der Paneele in dem Sitzungssaal wird mir von der Firma noch ein Angebot zugesendet. Alle Arbeiten sollen bis Jahresende abgeschlossen sein.

Frau Weiler informierte den Ortsbeirat über den aktuellen Sachstand des Dachs.

**zu 12      Anfrage der FDP/FWG-Ortsbeiratsfraktion  
Mängelmelder**

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt vor.

1. Frage: Wieviele Mängelmelder Meldungen sind aktuell offen in Oggersheim?

Antwort: 90 Meldungen verteilt auf alle 16 Kategorien

2. Frage: Nach welchem Algorithmus werden die Meldungen priorisiert?

Antwort: Der Mängelmelder ist eine strukturierte Plattform, die es den Abteilungen ermöglicht, Meldungen zu erhalten und diese innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens zu bearbeiten. Alle Meldungen werden gleichbehandelt, und die Bearbeitung erfolgt in der Reihenfolge, in der sie eingegangen sind oder basierend auf den internen Abläufen der jeweiligen Abteilung. Das kann in manchen Fällen sinnvoll sein, könnte aber auch dazu führen, dass dringende Anliegen möglicherweise nicht so schnell bearbeitet werden, wie es nötig wäre.

3. Frage: Wieviele von den offenen Meldungen befinden sich im Bereich von Spielplätzen?

Antwort: 1 Meldung, Meldung 1682920 vom 29.10.2024

Antwort: Dieser Papierkorb ist kein "städtischer" Papierkorb und steht, wie bereits mehrfach im Mängelmelder ausgeführt auf Privatgelände, Zuständigkeit liegt beim Eigentümer.

Herr Rittmann (FDP) war mit der Stellungnahme nicht zufrieden und trägt vor, dass er nochmals nachfragen wird.

**zu 13      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schaffung von Notinseln im Ortsbezirk Oggersheim**

Die Stellungnahme vom Bereich Jugendförderung liegt vor.

„Notinsel“ ist ein Projekt der Deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel und seiner Projektträger vor Ort.

Mit dem Notinsel-Projekt trägt die Deutsche Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel gemeinsam mit Projektträgern vor Ort, zahlreichen Geschäften, Apotheken, Banken und vielen weiteren Einrichtungen dazu bei, dass Kinder auf ihren (Schul-)wegen Notinseln und damit Anlaufstellen finden, die bei Gefahrensituationen und vermeintlichen Notlagen helfen.

Mit dem deutschlandweit größten Kinderschutzprojekt im öffentlichen Raum gelingt es, Kindern in Angst- und Gefahrensituationen Schutz zu bieten, Menschen zum Hinsehen und Handeln zu bewegen und potentiellen Täter\*innen ein deutliches Signal einer engagierten Bürgergesellschaft zu setzen. Das Notinsel-Projekt stärkt eine Gesellschaft die Kinderrechte ernst nimmt und konkret umsetzt.

Das Notinsel-Projekt baut auf örtlichen Strukturen auf und trägt zur Vernetzung von engagierten Menschen und Einrichtungen aus verschiedenen Bereichen bei. Dabei übernehmen öffentliche oder gemeinnützige Projektträger die Verantwortung vor Ort und werden bei der Einführung und nachhaltigen Umsetzung des Projektes von der Deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel unterstützt.

Die Projektträger haben die Aufgabe geeignete Notinseln zu finden, zu betreuen und die Aktualität zu gewährleisten. Die Projektträger nutzen die örtlichen Strukturen, u.a. die Kontakte zu Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen, Gewerbeverband u.v.m., um die Notinsel bei Kindern bekannt zu machen. Die Projektträger stellen den Notinseln den Türaufkleber und die Handlungsanweisung mit Vor-Ort-Hilfenummern zur Verfügung und unterstützen die Notinseln bei der Projektumsetzung, damit Kinder mit kleinen und großen Problemen in einer Notinsel Schutz und Hilfe finden.

Den teilnehmenden Geschäften/ Praxen etc., die als Notinsel fungieren, entstehen keine Kosten. Die Kosten für den Druck von Werbe- und Informationsmaterial sowie für die Ausstattung der Notinseln, werden vom Projektträger vor Ort oder von der Deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel getragen.

Bis 2022 war der Kinderschutzbund Ludwigshafen Projektträger der Notinseln in Ludwigshafen.

Bis dato gibt es keinen neuen Projektträger, allerdings zahlreiche Notinseln in der gesamten Stadt, die auch auf der Homepage [www.Notinsel.de](http://www.Notinsel.de) aufgelistet sind

Viele Geschäfte und Gewerbetreibende in Oggersheim sind bereits Notinseln. In Ludwigshafen gibt es schon seit Jahren keinen Projektträgers mehr, der verantwortlich neue Geschäfte und Gewerbetreibende kontaktieren würde und über „Hänsel und Gretel“ entsprechende Infomaterialien Werbemittel weiterleitet.

Wenn das Angebot in Oggersheim ausgeweitet werden sollte, wäre eine Kontaktaufnahme mit der Kinderschutzstiftung Hänse+Gretel über folgende Kontaktdaten möglich:

Friedrich-Eberle-Str. 4d  
76227 Karlsruhe-Durlach  
76227 Deutschland  
Tel.: +49 (721) 66985659  
[info@haensel-gretel.de](mailto:info@haensel-gretel.de)

Für eine dauerhafte Übernahme der Projektträgerschaft stehen dem Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung.

Hierzu gab es vom Ortsbeirat keine Nachfragen.

**zu 14      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumscheiben auf dem Schillerplatz**

Die Stellungnahme wird nachgereicht.

Herr Lautenschläger (Abteilungsleitung Freiraumplanung & Grünconsulting, Bereich 4-15) informierte über die Baumscheiben auf dem Schillerplatz und trägt vor, dass man eine langfristige Lösung finden muss.

Der Ortsbeirat war sich einig, dass Herr Lautenschläger die Baumschutzringe auf dem Schillerplatz prüfen und eine Alternative dem Ortsbeirat mitteilen wird.

**zu 15      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Automat Speyerer Straße**

Die Stellungnahme vom Bereich Jugendförderung liegt vor.

1. Wurde die Aufstellung von Verkaufsautomaten von der Verwaltung genehmigt?

Ein Warenautomat auf privatem Grundstück benötigt keine Genehmigung in Form einer Sondernutzungserlaubnis für die Nutzung öffentlicher Flächen.

2. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung ergriffen, damit das angebotene Warensortiment die Kriterien des Jugendschutzes erfüllt?

Der angefragte Verkaufsautomat wurde einer Prüfung unterzogen und erfüllt die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes. Produkte, die einer Altersbeschränkung unterliegen, werden nur nach einer entsprechenden Altersverifizierung verkauft. Hinsichtlich des angebotenen Warensortiments kann aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen kein Einfluss genommen werden, solange die ordnungsgemäße Altersprüfung gewährleistet ist.

Hierzu gab es vom Ortsbeirat keine Nachfragen.

**zu 16      Anfrage des Mitglieds der AfD im Ortsbeirat  
Aufstellung und Betrieb von Verkaufsautomaten**

Die Stellungnahmen vom Bereich Öffentliche Ordnung und Straßenverkehr lagen vor.

Zu 1.) Bei dieser Frage ist zwischen Warenautomaten unter freiem Himmel und Automatenkiosken zu unterscheiden. Bei Warenautomaten unter freiem Himmel greift weder das Ladenöffnungsgesetz Rheinland-Pfalz (LadöffnG), noch das Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (LFtG). Nach der aktuellen Rechtslage gestaltet sich dies für Automatenkioske anders. Hier greift das LFtG, was zur Folge hat, dass Kioske dieser Art Sonn- und Feiertags von 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr geschlossen sein müssen. Im Hinblick auf die Ladenöffnungszeiten sind somit für das Ordnungsamt lediglich die Automatenkioske interessant. Diese werden grundsätzlich mit Hilfe des KVD an Sonn- und Feiertagen kontrolliert und bei Verstößen nach Ermessensausübung geschlossen oder ggf. versiegelt. Anschließend werden Bußgeldverfahren eingeleitet.

Zu 2. und 3.) Aus gewerberechtlicher Sicht stellt das Betreiben dieser Automaten kein Problem dar. Sollten sich Automaten auf dem Besitztum der Stadt Ludwigshafen befinden könnte eine Sondernutzungserlaubnis benötigt werden. Diese werden unseres Wissens nach nicht für Warenautomaten vergeben. Weitere Infos hierzu können ggf. bei 4-14 Tiefbau erfragt werden. Weiterhin könnte auf Privatgelände ggf. eine Baugenehmigung benötigt werden, hierzu kann 4-17 Bauaufsicht Auskunft geben.

Bzgl. der Warenautomaten in der Speyerer Straße in Oggersheim ist hier bereits eine Anfrage zu der Genehmigung ebendieser seitens der IGS Ernst Bloch eingegangen; diese wurde über den Bereich 4-14 Tiefbau an 4-17 Bauaufsicht zur Beantwortung weitergeleitet. Der Sachstand ist hier unbekannt.

Zu 4.) Diese Frage kann der Bereich 2-14 Öffentliche Ordnung nicht beantworten, da dieser wie oben bereits beschrieben keine Genehmigungen erteilt. Verstöße gegen diese oder das fehlende Vorliegen einer Genehmigung müssen seitens der erteilenden Fachbehörde verfolgt werden.

Herr Schmitt (AFD) hatte eine Nachfrage zu Punkt 3: „Ist für die Aufstellung und dem Betrieb vom Verkauf eine Genehmigung der Verwaltung erforderlich?“ Frau Weiler wird dies bei der Bauaufsicht nachfragen.

**zu 17      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einrichtung von Bewegungsgeräten auf dem Anton-Ferner-Platz**

Die Stellungnahme wird nachgereicht.

Herr Lautenschläger (Abteilungsleitung Freiraumplanung & Grünconsulting, Bereich 4-15)

informierte über die Einrichtung von Bewegungsgeräten auf dem Anton-Ferner-Patz und trägt vor, dass man die Unabweisbarkeit begründen müsste.

Der Ortsbeirat bittet, im neuen Jahr Ideen für Spielplätze in Oggersheim vorzustellen. Frau Weiler informierte, dass der Anton-Ferner-Platz nicht für die Einrichtung von Bewegungsgeräten geeignet wäre und bittet die Verwaltung geeignete Plätze, die sie Herrn Lautenschläger nannte, zu prüfen. Außerdem teilte Frau Weiler mit, dass die Bewegungsgeräte von einem Verein gespendet werden.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Lautenschläger beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

#### **zu 18      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Sporthalle Adolf-Diesterweg-Schule**

Die Stellungnahme vom Bereich Gebäudewirtschaft liegt vor.

Mit Vorlage des Raumprogramms, können die Vergabeverfahren für die externen Planer mit einer Verfahrensdauer von ca. 7 Monaten durchgeführt werden. Nach erfolgter Beauftragung der Planer bis 06/2024 sind dies die voraussichtlichen Termine:

- Entwurfsplanung mit anschließender Genehmigungsplanung bis 08/2026, Ausführungs-, Detailplanung und Vergaben bis 05/2027
- Bauausführung und Fertigstellung bis 09/2028

Die Entscheidung und Freigabe für den Abriss und den anschließend zu entwickelnden Neubau fiel im September 2024. Zurzeit liegt noch kein abschließendes Raumprogramm für den Neubau vor.

Die Inbetriebnahme soll voraussichtlich zum Schuljahr 2028/2029 erfolgen.

Bei der Planung des Neubaus der Sporthalle werden die gesetzlichen Anforderungen des GEG und die Klimarichtlinie der Stadt Ludwigshafen berücksichtigt. Das bedeutet, dass der Neubau nach Effizienzhaus 40 (BEG EG 40 Standard) geplant wird. Zusätzlich ist der Einsatz einer Photovoltaikanlage vorgesehen und es wird geprüft, ob in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage eine Dachbegrünung umgesetzt werden kann.

Sobald die städtischen Gremien der Maßnahme zugestimmt haben, wird die Öffentlichkeit informiert.

Die Kalkulation des Projektbudgets wird auf Basis des Raumprogramms aktualisiert. Im Anschluss kann ermittelt werden in welcher Höhe eine Förderung möglich ist.

Bisher wurden noch keine Zuschüsse beantragt. Dies erfolgt im weiteren Projektverlauf sobald ermittelt werden kann, welcher Anteil des Projektbudgets förderfähig ist.

Herr Dr. Moeller (DIE GRÜNEN) trägt vor, Sportunterricht ist extrem wichtig und daher nicht akzeptabel, dass die Sporthalle erst im Jahr 2028 fertiggestellt wird und der Sportunterricht nicht möglich ist, wie dieser sein müsste. Herrn Kleinholdermann beantwortet hierzu alle Fragen von Herrn Dr. Moeller.

Herr Dr. Moeller wird im Januar 2025 den Antrag stellen, dass er von Seiten der Verwaltung eine Vorstellung wünscht.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Kleinholdermann beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

**zu 19      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Einrichtung von Hol- und Bringzonen im Ortsbezirk**

Die Stellungnahme vom Bereich Stadtplanung liegt vor.

Schillerschule: Die Elternhaltestelle wurde bereits vor längerer Zeit von der Verkehrsbehörde angeordnet, die Umsetzung wurde aufgrund des Umzugs der Schillerschule zurückgestellt. Zwischenzeitlich wurde die Gebäudewirtschaft informiert und gebeten sich rechtzeitig vor Umzug der Schillerschule an den alten Standort mit dem WBL in Verbindung zu setzen, so dass dieser die Umsetzung entsprechend einplanen kann.

Langgewannschule : Für die Langgewannschule liegt noch keine konkrete Planung vor. Wir werden uns diesbezüglich zeitnah mit den betroffenen Fachstellen abstimmen.

Der Ortsbeirat merkte an, dass es wünschenswert wäre für die Langgewannschule zeitnahe eine Planung durchzuführen.

**zu 20      Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Wiederherstellung Gehwege bei Glasfaserverlegung**

Die Stellungnahme liegt vom Bereich Tiefbau vor.

Das Telekommunikationsgesetz des Bundes erlaubt Telekommunikationsunternehmen eine Verlegung entgegen der sonst im Tiefbau üblichen Regelwerke. Dies führt häufig zu Mängeln in der Bauausführung. Diese Mängel werden unsererseits nach Abschluss der Bauarbeiten im Rahmen einer Abnahme erfasst und die ausführende Baufirma aufgefordert, diese

innerhalb einer Frist von in der Regel 2 Wochen zu beseitigen. Danach folgt eine Abnahme der Mängelbeseitigung. Sollten Mängel nicht ordnungsgemäß gehoben worden sein, kann eine weitere Aufforderung zur Mängelbeseitigung erfolgen. Aufgrund der Vielzahl von Arbeitsstellen im Glasfaserausbau in Relation zum zur Verfügung stehenden Personal ist es möglich, dass Abnahmetermine nicht immer unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeiten erfolgen können.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Tremmel beantwortet wurden, bedankte sich die Ortsvorsteherin für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
18:20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.12.2024

---

Sabine Becker  
Schriftführer/in

---

Sylvia Weiler  
Vorsitzende/r